

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

34. Jahrgang / 173

10. September 1979

**Christa Randzio-Plath, SPD-Frauenpolitikerin, fordert weitere rechtliche Schritte zur Gleichbehandlung der Geschlechter.**

Seite 1/2

**Johano Strasser, Mitglied der SPD-Grundwertekommission, sieht Verwandtschaften zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem Sozialkatholizismus.**

Seite 3/4

**Wilhelm Stöckl MdB: Antisozialismus ebnet den Kommunisten den Weg.**

Seite 5/6

Ist die Gesellschaft frauenfeindlich?

-----  
Notwendige rechtliche Schritte zur Gleichbehandlung von Frauen in der Arbeitswelt

Von Christa Randzio-Plath  
Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Nun hat auch die ÖTV mit einer eindrucksvollen Darstellung von Einzelfällen die Benachteiligung der Frauen beim Zugang zu Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst belegt:

- Ständesbeamtinnen werden abgewiesen, weil Männer "mehr Würde ausstrahlen",
- weibliche EDV-Sachbearbeiter werden nicht berücksichtigt, weil angeblich die moralische Sicherheit während des Schichtdienstes durch sie gefährdet wird

und so weiter, und so weiter.

Die Benachteiligungen der Frauen fangen aber eigentlich schon vor den Einstellungsgesprächen an: Wie eine Dokumentation der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen beweist, sind sie bei den Stellenausschreibungen schon im Nachteil. Wichtige Stellen, sogenannte Führungspositionen von der mittleren Ebene an aufwärts, werden fast ausschließlich für männliche Bewerber ausgeschrieben. Das gleiche gilt für Berufsangebote, die als typisch männlich gelten, zum Beispiel EDV-Fachleute, Ingenieure und ähnliches.

Die für solche Anzeigentexte Verantwortlichen ziehen sich meistens auf die Ausrede zurück, Berufsbezeichnungen seien geschlechtsneutral, und selbstverständlich seien durch die so formulierten Inserate auch Frauen angesprochen.

Wie widersinnig eine solche Behauptung ist, wird deutlich, wenn männliche Leser sich vorstellen, ob sie sich auf einen

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02221) 812-1



in etwa so formulierten Anzeigentext bewerben würden:

"Chefärztin gesucht, Erfahrungen auf dem Gebiet der Gynäkologie Voraussetzung.  
Die Bewerberin sollte..."

Geschlechtsbezogene Stellenausschreibungen - und die sogenannten neutralen Berufsbezeichnungen sind auf das männliche Geschlecht bezogen - lähmen das Interesse des "anderen Geschlechts".

Die ASF fordert daher mit Recht nicht die "geschlechtsneutrale Ausschreibung" von Stellen, sondern die volle Verwendung beider Geschlechtsformen.

Die ASF-Initiative zur vollen Verwendung beider Geschlechtsformen in Stellenausschreibungen findet bei allen angeschriebenen Bundesministern Verständnis. Aber als einziger Minister/Ministerin hat Antje Huber sich bereit erklärt, bei den Verhandlungen über das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz ein Verbot der geschlechtsdiskriminierenden Stellenanzeigen zu erreichen.

Mitte Juni wurde der Gesetzentwurf vom Kabinett verabschiedet, ohne daß allerdings schon jetzt eine entsprechende Bestimmung zu Stellenausschreibungen darin enthalten ist. Es bleibt zu hoffen, daß entsprechende Bestimmungen im Lauf der Beratungen noch Berücksichtigung finden.

Das EG-Anpassungsgesetz soll die Gleichstellung der Frauen im Arbeitsleben verbessern. Kern des Gesetzes ist das Verbot, einen Arbeitnehmer wegen seines Geschlechts zu benachteiligen. Dies soll gelten für

- die Einstellung,
- die Festlegung der Arbeitsbedingungen,
- den beruflichen Aufstieg und
- den Fall der Kündigung.

Gleichzeitig wird der Grundsatz der Lohngleichheit festgeschrieben. Macht ein Arbeitgeber/eine Arbeitgeberin Tatsachen glaubhaft, die eine Benachteiligung wegen des Geschlechts vermuten lassen, so wird in Zukunft der Arbeitgeber die Beweislast tragen müssen, daß die unterschiedliche Behandlung durch sachliche Gründe gerechtfertigt ist.

Nach Auffassung der ASF ist der Gesetzentwurf ergänzungsbedürftig, und zwar in folgenden Punkten:

- Das Verbot der Benachteiligung muß auf jede Benachteiligung wegen des Familienstandes ausgedehnt werden.
- Das Verbot der geschlechtsspezifischen Stellenausschreibung muß in das Gesetz eingefügt werden.
- Das Verbot der geschlechtsspezifischen Werbung mit bestimmten Berufsrollen oder bestimmten Berufsbildern und Berufsfeldern muß aufgenommen werden.
- Dem Verbot der Lohndiskriminierung müssen genaue Hinweise zur Bestimmung "gleichwertiger" Arbeit angefügt werden.
- Zeiten der Kindererziehung sind bis zu drei Jahren für Männer und Frauen bei Unterbrechung der Arbeit wegen Kindererziehung bei der Berechnung von Dienstaltären einzubeziehen. Bei der Frage nach der Betriebszugehörigkeit muß dies auch für die freie Wirtschaft gelten.

Darüberhinaus sollte in dem Gesetz die Einrichtung einer Gleichbehandlungsbehörde geregelt werden, die als regierungsunabhängige Einrichtung - dem Bundeskartellamt vergleichbar - mit Klage-, Auflage-, Untersuchungs- und Anordnungsbefugnis für den Anwendungsbereich des EG-Anpassungsgesetzes ausgestattet wird.

Nur dadurch könnte einem solchen Gesetz Wirksamkeit gegeben werden. Gesetzliche Vorschriften allein bauen Benachteiligungen nicht ab. Dies beweist die 30jährige Existenz des Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz, der die Gleichbehandlung der Geschlechter gesetzlich vorschreibt, die tatsächliche Ungleichbehandlung der Frauen in allen Lebensbereichen aber nicht verhindern konnte.

Viele kleine Netze im großen Netz  
-----

Demokratischer Sozialismus und Sozialkatholizismus - im Prinzip verwandt

Von Johano Strasser

Mitglied der SPD-Grundwerte-Kommission

Daß mit Hilfe der Sozialpolitik ein Stück realer Freiheit für die Menschen geschaffen wird, dies ist eine Überzeugung, die sich insbesondere in der deutschen Arbeiterbewegung aus jahrzehntelanger Erfahrung in diesem Feld festgesetzt hat. Darum stößt die pauschale Diffamierung des Sozialstaats als freiheitsbedrohendes Ungeheuer, wie sie bei vielen Konservativen auch heute wieder anzutreffen ist, hier nur auf kopfschüttelndes Unverständnis und empörte Ablehnung.

"Sozialpolitik", so steht es im Godesberger Programm der SPD, "hat wesentliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich der einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und sein Leben in eigener Verantwortung gestalten kann". Und wenige Zeilen weiter heißt es: "Das System sozialer Sicherung muß der Würde selbstverantwortlicher Menschen entsprechen." Denselben Gedanken drückt die IG Metall in ihren Thesen zur Sozialpolitik so aus: "Soziale Sicherung hat den freien, selbstbestimmenden Menschen als soziales Wesen... zum Maßstab." Es ist unzweifelhaft, daß es sich bei diesen Sätzen nicht um leere Rhetorik handelt, sondern um eine demokratisch-sozialistische Grundüberzeugung, die die meisten Sozialdemokraten und Gewerkschafter glaubwürdig vertreten und in die alltägliche Praxis umzusetzen trachten. Eines aber wird häufig übersehen: Daß nämlich die Verwirklichung von Freiheit durch soziale Sicherung nicht nur vom Umfang des Sozialhaushalts abhängt, sondern von der sozialpolitischen Konzeption, von der Qualität der Leistungen und nicht zuletzt von der Form der Leistungserbringung.

Es ist heute nicht mehr zu übersehen, daß das klassische wohlfahrtsstaatliche Konzept in die Krise kommt, und zwar nicht nur von der Finanzierungsseite her. So sehr auch die antisozialstaatliche Propaganda mit ihrer Verteufelung der öffentlichen Daseinsvorsorge und ihrer Beschwörung des angeblich allein Freiheit garantierenden Marktprinzips abzulehnen ist, so falsch wäre es, das Problem der Freiheit im Sozialstaat schlicht als Erfindung von Reaktionären abzutun. Das herkömmliche sozial-etatistische Konzept der Sozialpolitik hat eine deutliche Tendenz, die Menschen immer mehr von professionalisierter Betreuung und bürokratischer Verwaltung abhängig zu machen.

Was kann man tun? Ein schlichter Abbau der sozialen Sicherung wäre gänzlich unvertretbar. Eine Reprivatisierung der Lebensrisiken, wie von führenden Unionspolitikern immer wieder vorgeschlagen, hätte schreiende Ungerechtigkeit zur Folge. Bleibt der Weg, die Form der Organisation und der Leistungserbringung im Bereich der sozialen Sicherung so zu verändern, daß sie wirklich Hilfe zur Selbsthilfe bietet und die aktive Mitwirkung der Betroffenen ermöglicht.

Eine solche sozialpolitische Autonomisierungsstrategie muß den Gedanken der Partizipation in doppelter Weise zur Geltung bringen, einmal im Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß und zum andern bei der Leistungserbringung selbst. Beide Formen der Partizipation hängen in vielfältiger Weise miteinander zusammen. Hier können nur einige wenige grundsätzliche Aspekte angesprochen werden.

Es ist ein schon geradezu ehrwürdiges Vorurteil, daß Demokratisierung im Sinne erweiterter Mitwirkungschancen der Betroffenen stets auf Kosten der Effizienz geht. Bei den sozialen Dienstleistungen läßt sich leicht zeigen, daß diese Meinung grundfalsch ist. Soziale Dienstleistungen unterscheiden sich von Sachgütern und Sachleistungen vor allem dadurch, daß bei ihnen die Prozesse der "Produktion" und des "Verbrauchs" nicht zu trennen sind. Vielmehr bedarf es der Kooperation von "Produzent" und "Konsument", damit die Leistung überhaupt zustandekommen kann. Eine solche für den Erfolg unumgänglich notwendige partnerschaftliche Zusammenarbeit ist aber nur möglich in offenen und demokratischen Strukturen.

Jeder Arzt weiß, daß der volle Behandlungserfolg nur eintritt, wenn der Patient selbst an seiner Gesundheit mitwirkt. Am deutlichsten ist dies bei den in unserer Gesellschaft rasant zunehmenden psychischen und psychosomatischen Erkrankungen. Jeder Sozialarbeiter weiß aus der Familienfürsorge, der Alten- und der Jugendarbeit, daß

der Klienten nichts zu erreichen ist. Solange die sozialen Dienste in eine autokratische Verwaltungsstruktur eingebettet sind und hoheitliche Verfügung über "Sozialfälle" die Regel ist, müssen unsere sozialen Einrichtungen notwendig ineffizient sein.

Das Problem ist nicht die öffentliche Organisationsform als solche, sondern ihre partizipationsfeindliche Struktur. Und diese gibt es auch im privaten, marktwirtschaftlichen Bereich. Die Pharmaindustrie profitiert davon, daß sie die Menschen in immer größerem Umfang von Pillen, Pflüverchen und Injektionen abhängig macht. Der medizinische Apparatebau versucht den Menschen einzureden, daß sie sich möglichst jedes halbe Jahr einem aufwendigen "check-up" unterziehen. Sie profitieren von der Passivierung der Menschen zu Dauerpatienten und viele Ärzte machen mit, weil auch ihr Einkommen und ihre Machtstellung davon abhängen, wieviel Menschen in welchem Umfang von ihren Leistungen abhängig sind.

Nur durch die Demokratisierung des Sozialstaats kann verhindert werden, daß die Menschen immer mehr der Fähigkeit verlustig gehen, sich selbst in solidarischer Zusammenarbeit mit anderen zu helfen. Die totale wohlfahrtsstaatliche Betreuung des Menschen von der Wiege bis zur Bahre ist alles andere als die Vollendung des Sozialstaats: Sie ist ein Alptraum. Zurecht bekennt sich der Orientierungsrahmen '85 der SPD zu der Aufgabe, "die Fähigkeit der Bürger zur selbstverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme in ihrem eigenen Lebens- und Arbeitsbereich zu verbessern".

Dies bedeutet vor allem, daß man der Tendenz zur immer weiteren Zentralisierung, Bürokratisierung und Überprofessionalisierung entgegentreten muß. Was in kleinen Einheiten, durch die Selbstorganisation der Betroffenen, in nachbarschaftlicher Hilfe oder vom einzelnen selbst geleistet werden kann, das sollten die großen staatlichen und privaten Apparate nicht an sich reißen. Freilich darf hier eines nicht übersehen werden: Viele "kleine Netze" können das "große Netz" staatlicher oder großgesetzlicher sozialer Sicherung nicht ersetzen. Vielmehr kommt es darauf an, das "große Netz" so zu verändern, daß zentrale und dezentrale Organisationsformen sich zueinander komplementär verhalten.

Dies betrifft in erster Linie die gesetzlichen Regelungen; sie müssen so abgefaßt werden, daß sie Raum lassen für die Selbsttätigkeit der Betroffenen und für eine spezifische Ausgestaltung entsprechend den jeweiligen Bedingungen "vor Ort" und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Angesprochenen. Aber es geht dies nicht nur den Staat, sondern auch die "freien Träger" an. In beiden Bereichen ist es üblich, alte Menschen in Altersheimen mit rigiden Hausordnungen zu kasernieren und sie so aus der Gesellschaft praktisch auszugliedern, Jugendlichen in Jugendfreizeitstätten ein von Profis bestimmtes Programm und von Profis ausgearbeitete Verhaltensvorschriften vorzusetzen, Drogenabhängige in ebenso inhumanen wie ineffizienten Kliniken zu behandeln, statt sie als hilfsbedürftige Menschen ernst zu nehmen. "Offene Altenhilfe", die Bereitstellung eines Hauses für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, die Förderung von therapeutischen Wohngemeinschaften für Drogenabhängige, stellen dagegen wirkliche Hilfe zur Selbsthilfe dar. Im Grunde geht es hier um eine den modernen Bedingungen komplexer Gesellschaften angepaßte Neuformulierung des Subsidiaritätsprinzips der katholischen Soziallehre, das zwar in der Vergangenheit zumeist als Waffe der Konservativen im Kampf gegen sozialen Fortschritt eingesetzt wurde, aber in seinem Kern durchaus kein fortschrittliches Prinzip ist. Vielmehr weist es eine deutliche Verwandtschaft mit radikal-demokratisch-sozialistischen Vorstellungen auf.

Die vorherrschende konservative Interpretation des Subsidiaritätsprinzips geht davon aus, daß die kleineren Einheiten (der einzelne, die Familie usw.) von sich aus imstande ist, eine große Zahl heute öffentlich organisierter Leistungen zu erbringen, wenn man den Staat nur aus den entsprechenden Bereichen zurückdrängen könnte. Darüber hinaus gibt es eine konservative Fixierung auf traditionelle kleinere Einheiten wie die (Klein-)Familie, wodurch z.B. Wohngemeinschaften, selbstorganisierte Jugendgruppen usw. von vornherein aus dem Blick geraten, bis hin zu der Absurdität, daß nicht selten die katholische Kirche mit ihrer weltweiten autoritär strukturierten Organisation gegenüber dem Staat als kleinere Einheit mit Leistungsvorrang erscheint.

Diese Interpretation ist aber keineswegs die einzig mögliche, ja teilweise widerspricht sie sogar dem Grundgedanken des Subsidiaritätsprinzips. Als Leitgedanke bei der Organisation der sozialen Sicherung ist das Subsidiaritätsprinzip durchaus sinnvoll und fortschrittlich, wenn man im Gegensatz zu der konservativen Auffassung nicht übersieht, daß es öffentlicher Eingriffe, Strukturgestaltung und Hilfen bedarf, um die soziale Produktivität der kleineren Einheiten freizusetzen und zu erhalten. (-/10.9.1979/ks/ben)



Keine Unfreiheit, auch keine linke  
-----  
Kapitalismus ebnet den Kommunisten den Weg

Von Wilhelm Stöckl

Mitglied des Deutschen Bundestages

Immer wieder hören wir auf Versammlungen, aber auch von Kommentatoren in Funk und Fernsehen die Frage, wo die Demonstrationen gegen die Vertreibungspolitik im kommunistischen Vietnam bleiben. Auch uns, der SPD, wird dabei untergründig zum Vorwurf gemacht, wir seien auf dem linken Auge blind. Die entscheidende Diskussion darüber bleibt aber meist an der Oberfläche.

Kommunistische Diktaturen haben verschiedene Gesichter. Die einen sperren ihre Bürger hinter einer Mauer ein und schießen auf sie, wenn sie in die Freiheit wollen, die anderen jagen sie aus dem Lande, in den Tod auf das Meer hinaus: die Bürger, die ihnen nicht ins Programm passen. Aber das trifft wohl auf alle Diktaturen zu, wie auch das Foltern und Töten freiheitlich denkender Menschen, auch für die Diktaturen des Westens, ob Somoza oder Chile. Wir selbst haben an solch deutscher Vergangenheit zu tragen; Hitler und seine Handlanger waren die gründlichsten "Endlöser".

Aber wie ist das nun in Vietnam gewesen? Es ist doch gar keine Frage, daß Amerika und vorher Frankreich dort ein System unterstützt haben, das korrupt war und nur einigen wenigen Freiheit garantierte, den reichen Familien, einem Klüngel, der allein mit der Macht des Geldes und des Besitzes regierte. Die breite Masse des Volkes sah keine Hoffnung auf etwas mehr Gerechtigkeit. Das war der Grund, warum die Kommunisten siegen konnten. Hätte Amerika seine Anstrengungen, seine Milliarden darauf verwendet, soziale Gerechtigkeit in diesem Lande wenigstens anzubahnen, wäre die kommunistische Agitation wohl ohne Erfolg geblieben. Rechtlose, die nichts zu verlieren haben, entscheiden sich leicht für die Rattenfänger aus Moskau. Die amerikanische Vietnampolitik war eigentlich nicht der ernsthafte Versuch, die Freiheit in Asien zu retten. Sie baute mit der Unterstützung der kapitalistischen Wildwest-Wirtschaftsmethoden die Wege aus, auf denen dann die Kommunisten einfallen konnten. Für ein abgewirtschaftetes System opferte die kapitalistische Führungsmacht sogar ihre Söhne.

Nun ist es völlig klar, daß wir die Unterdrückung der Menschenrechte, die politische Verfolgung und die Willkürjustiz zutiefst verabscheuen und dagegen mit allen möglichen Mitteln arbeiten. Die SPD braucht sich da nicht auszuweisen, viele unserer alten Genossen haben mit Leben und Gesundheit für diese Haltung büßen müssen. Auch heute sieht der imperialistische Kommunismus in den demokratischen Sozialisten seine ärgsten Gegner. Unsere Haltung ist völlig klar: Keine Unfreiheit, auch keine linke!

Warum erscheinen die Töne gegen westliche Diktaturen oft lauter? Die Empörung, daß es im "eigenen" (westlichen) Lager, das sich demokratisch tarnt (was sagte Strauß in Chile?), Folterungen und Tötungen gibt, diese Empörung findet mehr Raum. Sicher auch deshalb, weil wir hier mehr Hoffnung haben, schneller mehr erreichen zu können als bei den Ost-Diktaturen. Dort muß die Hilfe für die Unterdrückten oft auch lautloser sein, um nicht neuen Druck zu provozieren, aber die Ablehnung staatlichen Terrors ist auch gegenüber Kommunisten nicht geringer, darf nicht geringer sein. Es hat aber keinen Sinn, als freier Demokrat seinen Dampf im Geschimpfe gegen die asiatischen Kommunisten abzulassen. Wir müssen Lehren aus dem Geschehenen ziehen, denn es geschieht weiter rundum in unserer Welt.

In Südamerika vertreiben mit Hilfe der Staatsorgane die Großgrundbesitzer die Kleinbauern, die seit Jahrzehnten auf ihrem Boden saßen. In Mittelamerika stützen amerikanische



Konzerne die Familiendiktaturen. In Afrika unterdrücken Weiße das neue Selbstbewußtsein (und das fordert auch Selbstbestimmung) der Farbigen. Im Iran hat der Schah, der vielleicht einmal gute Absichten hatte, die eigentliche Macht einigen korrupten Cliquen überlassen, bis ein gigantischer, irrationaler Rattenfänger zuerst das Chaos schuf, aus dem bald ein kommunistisches Feuer hervorzüngeln wird.

Wer zu lange feudalistische Systeme, korrupte Familienclans und andere unsoziale, unfreiheitliche Regime stützt und damit dort die Massen der Recht- und Besitzlosen vernehren hilft, braucht sich nicht zu wundern, daß diese Massen plötzlich Heilslehren aller Art nachlaufen, extrem rechten oder linken. Extrem ist aber immer unfreiheitlich.

Es wäre für den Europäer so einfach zu erkennen: In Italien wurde viel zu lange das Besitzbürgertum, wurden die Feudalherren durch Privilegien oder Steuervorteile gestützt. Ergebnis: Eine starke kommunistische Partei. Es war so in Portugal, in Spanien oder in Griechenland. Ergebnis: Viele Kommunisten. Und in Ländern die lange von demokratischen Sozialisten regiert wurden? Kommunisten spielen kaum eine Rolle. So in Deutschland, England, Schweden, Norwegen, Österreich.... Freiheit durch soziale Sicherung ist der sicherste Wall gegen Diktaturen, gegen extreme rechte und linke. Deshalb ist der Slogan "Freiheit statt Sozialismus" nicht nur eine politische Diffamierung, sondern auch eine (weltpolitische) Dummheit, die uns Europäer, die Welt, an den Rand der Katastrophe bringen kann. Und das ist es, was mich an der oft zitierten Intelligenz von Strauß zweifeln läßt und was meine Überzeugung festigt, daß Strauß' Politik der Ausbreitung des freiheitsbedrohenden Kommunismus nützt.

Deshalb die weitblickenden Versuche von Willy Brandt, aller Sozialisten und ihren internationalen Vereinigungen, eine stetige und schrittweise Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der bisher Unterdrückten, gleich welcher Rasse, zu erreichen. Wer revolutionäre Weltbrände vermeiden will, an denen kommunistische Diktatoren ihre Suppe kochen wollen, der muß zuerst einmal im eigenen Einflußkreis für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und demokratische Entwicklung sorgen; sonst wird er unglaubwürdig.  
(-/10.9.1979/hi/ben)

+

+

+

